

„kleiner Pressespiegel“

Nur in Deutschland: Kriminalisierung der Kurden, für die Erdogan-Türkei ! Ist das in Ihrem Sinne ?

Vergleichbares gibt es in keinem anderen (westlichen) Land:

Westdeutsche Zeitung, 12.02.2019: Neuss „Ministerium lässt Verlag schließen“

Die Polizei räumte zwei Firmen, die laut Innenministerium die verbotene PKK unterstützen.

[...] Er [Seehofer] verbot die Mezopotamien Verlag und Vertrieb GmbH und den unter gleicher Adresse geführten Musikverlag MIR Multimedia und ordnete deren Auflösung an. Das war der Einsatzbefehl für ein Polizeiaufgebot, das am Dienstag die Firmenräume durchsuchte und zur Durchsetzung des Verbotes Material beschlagnahmte.

Vom Einsatz erfuhr die Stadt erst, als das Kommando schon vor Ort war. [...]

Die Liegenschaft der Unternehmen, [...] fällt dem Vernehmen nach an den Staat.

[Wie lassen sich Bücher- und Musik-Verbote mit unseren Werten vereinbaren ?]

derFreitag, 08.02.2019: „Völkermord als Bündnisfall“ Wenn die türkische Armee auf **Rojava [Nordsyrien] vorrückt, könnte es zu einem genozidalen Massaker kommen – verübt von der Nato und islamistischen Banden**

[...] Nur weil die Türkei Nato-Mitglied ist, konnte es ihrer Regierung gelingen, die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) 2004 auf die „Liste internationaler Terrororganisationen“ setzen zu lassen, just in dem Augenblick, als die PKK ihre Forderungen nach einem eigenen Staat zurücknahm, offensiven Operationen abschwor und versuchte, in Friedensverhandlungen einzutreten. ([...] Die Vereinten Nationen, Indien, China und sogar die Schweiz stufen die PKK ganz selbstverständlich nicht als Terrororganisation ein.) [...]

Rheinische Post, 02.02.2019: „Verbot von Kurden-Demo war laut

Verwaltungsgericht rechtswidrig“ [...]

ANF, 31.01.2019: Campobasso „Abdullah Öcalan wird Ehrenbürger von Tufara“
Mit Tufara hat die zehnte italienische Gemeinde dem kurdischen Vordenker Abdullah Öcalan die Ehrenbürgerschaft verliehen. [...]

Abdullah Öcalan ist bereits Ehrenbürger von Campobasso, Castelbottaccio, Palermo, Neapel, Palagonia, Reggio Emilia, Riace, Martano und Pinerolo. [...]

ANF, 17.01.2019: Nürnberg „Jugendarrest wegen Öcalan-Fahne“ [...]

ANF, 04.01.2019: „Europaweit Demonstrationen zum Hungerstreik“



[Bild ist aus Frankreich, mit sämtlichen in Deutschland verbotenen Symbolen, ohne Sanktionen.]

MDR, 22.12.2018: Bundestags-Gutachten „Türkei ist in Syrien Besatzungsmacht“

[...] Es ist skandalös, den Einmarsch und die Besetzung von Teilen Syriens durch den Nato-Partner Türkei entgegen aller Expertise und Stellungnahmen aller Bundestagsfraktionen nach wie vor nicht als Völkerrechtsbruch zu bewerten.

Sevim Dagdelen, Vizechefin der Linksfraktion im Bundestag [...]

Tagesspiegel, 15.11.2018: „PKK erringt Teilerfolg in Luxemburg“

Die PKK stand drei Jahre lang zu Unrecht auf der EU-Terrorliste. [...]

[...] Die sozialistisch-militante PKK als Terrororganisation zu verfolgen, sei durch die Erklärungen der EU-Staaten nicht hinreichend begründet gewesen. Prozessbeobachtern zufolge habe das Gericht auch festgestellt, die neue Lage der PKK im Mittleren Osten sei nicht ausreichend bewertet worden. Nachdem sich die PKK und ihre syrischen und irakischen Verbündeten im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ als entschlossenste Kraft zeigten, hatten auch konservative Politiker in Europa eine Neubewertung des Verbotes angeregt. [...]

MONITOR, ARD, 15.03.2018: „Unter Generalverdacht: Kurden in Deutschland“

[...] **Gerhart Baum, ehem. Bundesinnenminister:** „Das sind übereifrige Überinterpretationen des PKK-Verbots. Entweder man verbietet die ... die Vereinigung der syrischen Kurden, dann wäre man konsequent. Das kann man aber nicht, weil es keinen Anlass dazu gibt. Dann kann man auch nicht Leute bestrafen, die dieses Symbol benutzen.“ [...]

Süddeutsche, 02.03.2018: „Staatsanwälte schießen im Fall

der Kurden-Flaggen übers Ziel hinaus“

Haben sie einen Verdacht, müssen Staatsanwälte Straftaten nachgehen. Das muss aber verhältnismäßig sein - und das ist es im Fall der Kurden-Flaggen nicht. [...]

Wenn die Justiz klagt, wie stark sie überlastet ist, kann man ihr entgegenhalten: Manche Staatsanwälte machen sich ihre Überlastung auch selbst.

Der Tagesspiegel, 24.09.2017: Referendum für Kurdistan: „Bundesregierung setzt auf Restauration statt Fortschritt“ [...]

In Belgien und Skandinavien wird die PKK nicht verfolgt

Inzwischen beabsichtigt die Bundesregierung, sogar Öcalan-Konterfeis auf Demonstrationen zu verbieten [*ist jetzt (teilweise) verboten*]. Dass selbst in der CDU einige über eine Neubewertung der PKK nachdachten, weil sie in Nahost die verfolgten Christen schützt, wird die Lage kaum ändern: Rheinmetall will mit den Türken bald gemeinsam Waffen fabrizieren. Dabei geht es anders. In Belgien stellte ein Berufungsgericht in einem Prozess um kurdische Aktivisten fest: Die PKK ist keine Terrororganisation, sondern eine legitime Kriegspartei. In Skandinavien sieht man das ähnlich. [...]

Medien-Skandal ?

Die meisten Medien „vergessen“ Ihnen zu berichten, dass es die Einsätze gegen die verbotenen Symbole, mit tausenden Polizisten, (2018: Köln am 27.01., Hannover am 17.03.) nur in Deutschland gibt.

Wenn Sie das erst durch diesen „kleinen Pressespiegel“ erfahren, beschweren Sie sich bitte bei den Medien, die Sie nutzen und diskutieren Sie, dieses Thema, mit den Politikern und Parteien die Sie wählen !!!

Schluss mit Waffenlieferungen an diese Türkei, **Schuss** mit deutschem militärischem Wissen für die türkische Waffenindustrie (Rheinmetall), **Schluss** mit der Kriminalisierung der Kurden in Deutschland.

Wir brauchen eine freie und unabhängige Neubewertung der PKK,

auf Grund ihrer Leistungen und unserer Werte.